

RN 25.04.01

Kraftwerk durch Klage verhindern

BUND und Bürgerinitiative vereinbaren enge Kooperation

Lünen • Sie sind davon überzeugt, dass sie in der Sache Recht haben und sie geben sich kämpferisch: „Das ziehen wir durch“.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk (BI) haben eine Allianz vereinbart, um das Trianel-Kohlekraftwerk auch im Falle einer Genehmigung mit juristischen Mitteln verhindern zu können.

Eigentlich waren erste Genehmigungen schon Ende März erwartet worden. Diese liegen bis heute nicht vor. BUND und BI nutzten die Zeit, um in die rechtliche Vorbereitung mit Hilfe einer Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei einzusteigen.

Fatale Entwicklung

Sobald ein erster Vorbescheid oder eine Teilgenehmigung erteilt werden, wird der Klagegeweg beschritten.

Da dem BUND ein weitergehendes Klagerecht zusteht, wurde formal eine enge Kooperation zur Unterstützung einer Verbandsklage zwischen dem Verband und der BI besiegelt. Der BUND sammelt bereits Erfahrungen bei den Klagen gegen die geplanten Kraftwerks-Neubauten in Datteln (e.on) und Herne



Allianz gegen das Trianel-Kraftwerk: Klaus Brunsmeier (BUND-Bundesvorstand), Thomas Matthée (BI), Friedrich Ostendorff (BUND NRW), Dirk Jansen (BUND NRW) und Heinz-Georg Beyer (BUND Kreisgruppe Unna).

RN-Foto Voß

(Evonik). Der stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Klaus Brunsmeier erläuterte gestern in Lünen, dass eine mögliche Klage gegen das Trianel-Kraftwerk wegen ihrer bundespolitischen Bedeutung von seinem Verband nach Kräften unterstützt werde. Die aktuelle Kraftwerksplanung bezeichnete er als „fatal“, zumal sie allen bundespolitischen Absichtserklärungen widerspräche und nach den jüngsten Preissteigerungen für die Betreiber kaum noch wirtschaftlich darstellbar sei.

Perfide Planung

Der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Friedrich Ostendorff wies darauf hin, dass das Ruhrgebiet zwischen Krefeld und Hamm der zentrale Schauplatz dieser Auseinandersetzung sei, da allein hier sieben Kraftwerke auf Steinkohlebasis geplant seien.

„Im Falle Lünen ist besonders perfide, dass das Kohlekraftwerk ausgerechnet auf einem im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Vorranggebiet für Windkraftanlagen errichtet werden soll.“

▪ Bettina Voß

› 4. Lokalseite: Sehr gute Argumente